

Jan Bachmann

Das US-Militärkommando AFRICOM und der neue Interventionismus zwischen Aufstandsbekämpfung, Stabilisierung und Entwicklung

Mit der Gründung eines Militärkommandos für den afrikanischen Kontinent im Jahre 2008, dem *US Africa Command* (AFRICOM), setzte das amerikanische Verteidigungsministerium ein Zeichen, das den Willen zu einer langfristigen Neupositionierung des Militärs unter Beweis stellen sollte. Die veränderte Bedrohungswahrnehmung, nach der „fragile“ Staatlichkeit im globalen Süden eine Gefahr für die internationale Sicherheit darstellen, macht auch eine veränderte Herangehensweise des Militärs erforderlich. Von Beginn an wurde AFRICOM der Öffentlichkeit als Militärkommando der „neuen Art“ vorgestellt, das menschliche Sicherheit, Konfliktprävention und Entwicklung in den Mittelpunkt des eigenen Handelns stelle. Trotz der umfassenden Kritik, auf die AFRICOM aus den Reihen ziviler Akteure in den USA und mehreren afrikanischen Ländern stieß, gilt es im militärischen Diskurs zur Transformation des US-Militärs als Modell dafür, wie militärische Strukturen und militärisches Handeln in Zukunft aussehen könnten. Die nach außen getragene Innovations- und Lernbereitschaft ist vor allem ein Ergebnis eines erweiterten Sicherheitsverständnisses und des Konsens westlicher Politik über die Untrennbarkeit von Sicherheit und Entwicklung. Eine nachhaltige Stabilisierung fragiler Staatlichkeit im Süden erfordere demnach ein erweitertes Engagement des Militärs in Prä- und Postkonfliktsituationen (*Extended Peacetime Engagement*), die Unterstützung der Lokalbevölkerung sowie eine Bündelung der ministeriellen Ressourcen (*Whole-of-Government Approach*).

Am Beispiel AFRICOMs untersucht der Beitrag die strategische Ausweitung des militärischen Mandates auf als bis dato „zivil“ verstandene Politikbereiche. Diese Verschiebung wurde vor allem durch die *Securitisation* als schwach oder fragil kategorisierter Staaten ermöglicht. Der versicherheitlichende Blick westlicher Außenpolitik sieht in „schlechter“ Regierungsführung bzw. „unregierten“ Räumen Quellen künftiger Bedrohungen. Während westliche Entwicklungspolitik in den 1990er Jahren vor

allem die Unsicherheit der unmittelbar betroffenen Bevölkerung im Blick hatte, so wird seit den Anschlägen des 11. September 2001 argumentiert, dass fragile Staaten – als generischer Begriff für vom Weber'schen Ideal abweichende Staatlichkeit – vor allem „unsere“ Sicherheit bedrohen. Entsprechend dieser hegemonialen strategischen Rahmung erfordert die neue Bedrohungslage neue, „ganzheitliche“ Antworten. Benötigt werde eine kollektive Kraftanstrengung aller diplomatischen, verteidigungspolitischen und entwicklungspolitischen Akteure. Entwicklungspolitik müsse zur Schaffung von Sicherheit beitragen. Die Erkenntnis aus den Interventionen in Irak und Afghanistan ist im Umkehrschluss, dass „neue“ Kriege nicht allein durch Kampfhandlungen gewonnen werden können, sondern eines längerfristigen Engagements des Militärs im zivilen Wiederaufbau sowie in der Krisenprävention bedürfen.

Die Fokussierung AFRICOMs auf zivile Angelegenheiten kann nicht isoliert, sondern müssen im Rahmen der Vermischung westlicher Sicherheits- und Entwicklungsagenden analysiert werden, wie sie seit den 1990er Jahren zu beobachten sind. Es ist hierbei nicht nur eine neue Arbeitsteilung bzw. eine stärkere Koordinierung ziviler und militärischer Akteure zu beobachten. Vielmehr zeichnet sich eine weitreichende Integration von Sicherheits- und Entwicklungspraktiken ab, die durch die jüngste Implementierung von Aufstandsbekämpfung- sowie Stabilisierungskonzepten durch militärische Akteure vorangetrieben wird. Mit der Ausweitung des militärischen Verantwortungsbereiches hin zu Krisenprävention und dem Aufbau von *Governance*-Strukturen verändern sich traditionelle Bedeutungszuschreibungen des „Militärischen“ sowie des „Zivilen“. Die normative Grenze zwischen beiden droht zu verschwimmen (Rosén 2010). Der Beitrag konzentriert sich auf die Analyse der diskursiven und materiellen Neupositionierung des amerikanischen Militärs und diskutiert deren Implikationen.

Die Argumentation beginnt mit einem Blick auf die veränderte strategische Wahrnehmung Afrikas durch das amerikanische Militär. Anschließend werden die diskursiven Strategien, mittels derer die Etablierung AFRICOMs begründet wurde, nachgezeichnet. Nach einer Foucault'schen Perspektive auf das die westliche Politik anleitende Argument der Untrennbarkeit von Sicherheit und Entwicklung, welches die Ausweitung des militärischen Mandates möglich machte, wird analysiert, wie sich in AFRICOM die zivile Neuausrichtung des Militärs materialisiert. Zum Schluss legt der Beitrag einige Fallstricke der Vermischung ziviler und militärischer Kompetenzen offen und schafft somit Raum für interventionskritische Reflexionen.

Eine neue strategische Karte von Afrika: Öl, Terroristen, „unregierte“ Räume

Das Pentagon beobachtet und kategorisiert die Welt durch die Brille der „geographischen Kampfkommandos“. Die Karte wird somit eigenen Bedürfnissen und wahrgenommenen Dringlichkeiten angepasst. Lange Zeit gab es auf dieser Karte durchaus weiße Flecke. Diese markierten eine geringe oder nachrangige strategische Bedeutung dieser Regionen – so war etwa bis in die 1960er Jahre und zwischen 1971 und 1983 das subsaharische Afrika keinem US-Militärkommando zugeordnet (Laïdi 1990; Ploch 2008). Seit den frühen 1980er Jahren gehört der afrikanische Kontinent zum „Verantwortungsbereich“ von drei verschiedenen US-Militärkommandos: Die Inseln des indischen Ozeans standen unter der Ägide des *Pacific Command* (PACOM), das strategisch wichtige Horn von Afrika sowie Ostafrika wurden dem *Central Command* (CENTCOM) unterstellt. Der größte Teil des Kontinentes wurde jedoch als Nebenschauplatz im Ringen der Großmächte dem *European Command* (EUCOM) zugeschlagen. Amerikanische Militärstrategien zielten im Hinblick auf Afrika vor allem auf das Eindämmen sowjetischer Expansionsabsichten. Folglich verloren die Großmächte ab dem Ende der Achtzigerjahre das Interesse an Afrika, was sich in stark sinkenden Militär- und Entwicklungshilfeszuschüssen ablesen lässt (Clough 1992: 1-19).

Die 1992 von den Vereinten Nationen vorgelegte „Agenda for Peace“ liefert, basierend auf einem breiten Sicherheitsbegriff mit Fokus auf dem Schutz von Zivilbevölkerungen, die Argumente für robustere Einsätze der UN in gewalttätigen Konflikten. Als erster Praxistest des neuen Paradigmas der „humanitären Intervention“ galt die 1992 von US-Truppen angeführte UN-Mission in Somalia. Angesichts der Bilder toter US-Soldaten, die im Oktober 1993 durch Mogadischu geschleift wurden, unterzeichnete Präsident Bill Clinton jedoch die Direktive PDD 25, welche die US-Beteiligung an humanitären Einsätzen der Vereinten Nationen stark erschwerte (Lawson 2007). Die amerikanische Regierung setzte im Folgenden mit der *African Crisis Response Initiative* und deren Nachfolger, der *African Contingency Operations Training and Assistance* (ACOTA), auf die Ausbildung afrikanischer *Peacekeeping*-Truppen sowie auf Sicherheitssektorreformen. Die Sicherheitsstrategie für Afrika erkannte 1995 als Konsequenz „sehr geringe traditionelle strategische Interessen“ für die USA (DOD 1995). Dies änderte sich nach den Anschlägen am 11. September 2001 und der neuen Sicht auf „schwache Staaten“. Die vielzitierte Nationale Sicherheitsstrategie von 2002 sieht Räume mit schwacher staatlicher Autorität nicht allein als Bedrohung für die Bevölkerungen und die Region, sondern als Bedrohung für die USA

und die „internationale Sicherheit“ (White House 2002). Viele Räume in Afrika fanden sich forthin im Blickfeld US-amerikanischer internationaler Sicherheitspolitik. Ein Report für den US-Kongress fasste die neue Sicht auf Afrika aufschlussreich zusammen:

„Afrika hat einen neuen strategischen Platz innerhalb der US-Außenpolitik. Dieser Wandel reflektiert, wie 9/11 die allgemeine strategische Konzeptionalisierung globaler Sicherheit verändert hat. Er reflektiert weiterhin, wie uns fünf Faktoren [...] zu einer Neubewertung von Afrikas Relevanz gezwungen haben: HIV/AIDS, Terror, Öl, bewaffnete Konflikte und der Welthandel“ (Africa Policy Advisory Panel 2004).

Schon 2002 forderte eine Lobbygruppe die Errichtung eines militärischen Regionalkommandos für den Golf von Guinea, der wegen seines Ölreichtums zum „Gebiet von besonderem Interesse“ der USA deklariert werden sollte (African Oil Policy Initiative Group 2002). Es war vor allem das Wissen der Experten innerhalb EUCOMs, welches in jener Zeit maßgeblich zur *Securitisations* des afrikanischen Kontinentes beigetragen hat. Diesem Blick des US-Militärs lag die Annahme zu Grunde, dass die Interventionen in Irak und Afghanistan internationale Terroristen unter Druck gesetzt haben, sich neue Trainingsgebiete zu erschließen. Pentagon-Experten sahen in den „unregierten“ Regionen der Sahelzone und dem Horn von Afrika ideale Rückzugsräume. Nach der Geiselnahme europäischer Touristinnen und Touristen im Süden Algeriens in 2003 wurde nach und nach die gesamte Sahelregion als „terrorist belt“ klassifiziert. Das in Karten geronnene US-Militärwissen kategorisierte weite Teile des Kontinentes zu Beginn des 21. Jahrhunderts in „unkontrollierte Räume“, „Terrorgürtel“ und Gebiete mit „semi-permanentem Konflikt“ (Bachmann 2008). In starkem Kontrast zu einer Dekade früher gilt Afrika für die USA seitdem als von hohem strategischem Interesse.

Abweichend von der klassischen Theorie der *Securitisations*¹, ortet Didier Bigo Prozesse der Versicherheitlichung jenseits von Ausnahmesituationen auch auf der Meso- und Mikroebene. Alltagspraktiken von Sicherheitsexperten operieren über eine semantische Vermengung von verschiedenen Phänomenen, die eine Bedrohung darstellen könnten – wie etwa Migration, Drogenhandel, Energiesicherheit und Terrorismus. Diese Anhäufung von Bedrohungsszenarien schafft ein „Kontinuum von Bedrohungen und generellem Unbehagen“ (Bigo 2002: 63). Sicherheitsexperten beanspruchen nicht allein die Deutungshoheit darüber, was Sicherheit meint, sondern bieten Empfehlungen an und handeln entsprechend diesem Maßnahmenkatalog

1 s. hierzu Wæver 1995; Buzan u.a. 1998; zu Einordnung und Kritik s. vor allem McSweeney 1996; c.a.s.e. collective 2006; Peoples & Vaughan-Williams 2010; Balzaq 2010.

(Bigo 2008). Die Konstruktion von sozialen Räumen als „un- oder unterregiert“ ist dabei ein wiederkehrendes Motiv im jüngsten sicherheitspolitischen Diskurs gegenüber als schwach und angreifbar problematisierten Staaten des globalen Südens. Die Rede von terroristischen und kriminellen Bedrohungen, die in Räumen mit begrenzter staatlicher Autorität entstünden, sowie die steigende Bedeutung von Afrikas Ressourcen für die USA schufen letztlich die nötige Dringlichkeit in Washington und mündeten in die Gründung verschiedener militärischer Antiterrorismusprogramme (Bachmann 2010).

Ein Militärkommando der „neuen Art“

Die beiden zentralen US-Militärprogramme in Afrika, die in Folge von 9/11 gegründete *Combined Joint Task Force-Horn of Africa* (CJTF-HoA) und die *Trans-Saharan Counterterrorism Partnership* (TSCTP) gaben dem US-Militär in Afrika nicht nur eine neue Sichtbarkeit, sondern auch eine neue Rolle. Die Fähigkeit Terroristen zu bekämpfen, sollte mit der Fähigkeit gewalttätige Konflikte zu verhindern kombiniert werden. Das Anfang 2007 ausgerufene *US Africa Command* wurde von vornherein als Militärkommando „der neuen Art“ präsentiert, welches zivil-militärische Koordination und Krisenprävention in den Vordergrund stelle. Ein Pentagon-Beamter begründete die Schaffung eines neuen Militärkommandos wie folgt: AFRICOM „möchte helfen, ein stabiles Umfeld zu schaffen, in welchem eine Zivilgesellschaft aufgebaut und die Lebensqualität für die Bürger erhöht werden kann – das ist der Hauptgrund für die Errichtung des Afrikakommandos“ (DOD 2007).

In der Tat hatten Fürsprecher hohe Erwartungen an AFRICOM. Die neue Institution stärke „menschliche Sicherheit, weil sie Konfliktprevention und, wo notwendig, Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Ende eines Konfliktes den Vorrang gibt“ (Pham 2008: 266). Konservative Sicherheitsexperten entwarfen die Vision von AFRICOM als einem „Büro für Nation-Building“ (Kaplan 2007), welches „Sicherheit auf radikale Weise neu definiert“ (Pentagon-Sprecherin Theresa Whelan, zit. nach McFate 2008: 10). Das Kommando sei „für die Zukunft und nicht für die Vergangenheit“ aufgestellt. Demzufolge müsse es auf eine Weise handeln, die in klassischen Militärzirkeln „häretisch“ klingen möge (ebd.: 16).

Die Betonung des Innovativen ist eine zentrale Figur in der Selbstdarstellung des neuen Militärkommandos. Ein zweites Merkmal ist die Aneignung von Konzepten des Entwicklungsdiskurses und die Akzentuierung ziviler Aktivitäten, durch die die Öffentlichkeit an das neue Militärkommando gewöhnt werden sollte. In seinem ersten Willkommensgruß betonte AFRICOM-Kommandeur William E. Ward Grundsätze des

Militärkommandos, welche sich ebenso in den Dokumenten westlicher Entwicklungsministerien finden lassen: „Do no harm“, „make a positive difference“, „add value“ (Ward 2007). Zusätzlich beabsichtigte das Pentagon, jede vierte zivile Stelle innerhalb AFRICOMs mit Beamten anderer Ministerien, vor allem des *State Departments* und der Entwicklungsagentur *United States Agency for International Development* (USAID) zu besetzen und somit einen als progressiv angesehenen *Whole-of-Government-Ansatz* umzusetzen (Ploch 2008).

Angesichts dieser Grenzüberschreitungen einer militärischen Organisation waren die Reaktionen kontrovers.² In einer ersten Kritik gegenüber AFRICOM wird argumentiert, dass das Militärkommando in seiner Struktur auf der Logik des Kalten Krieges aufbaue und somit kaum die angemessene Form sei, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern. Vielmehr sei die Rede von Krisenprävention, Entwicklung und zivil-militärischer Koordinierung ein Manöver, um vom eigentlichen Zweck abzulenken: der Bekämpfung von Terroristen, dem Sichern von natürlichen Ressourcen sowie dem Zurückdrängen Chinas.³ Auch die meisten afrikanischen Regierungen teilten diese Befürchtungen und standen AFRICOM ablehnend gegenüber. So fand sich mit Ausnahme Liberias keine afrikanische Regierung, die das AFRICOM-Hauptquartier beherbergen wollte.

Für die Zielrichtung dieses Beitrages wiegt jedoch eine zweite Kritik schwerer. Gerade die Betonung nichtmilitärischer Praktiken wie humanitäre Unterstützung, Infrastrukturprojekte oder Aktivitäten im Gesundheitssektor stellt eine diskursive Strategie der Aneignung entwicklungspolitischer Konzepte und Praktiken und deren gleichzeitige „Normalisierung“ dar. Die Ausrufung eines Militärkommandos für Afrika mit einer starken zivilen Komponente hat vor allem im State Department, innerhalb der Entwicklungshilfeagentur USAID sowie innerhalb amerikanischer Nichtregierungsorganisationen enormes Unbehagen ausgelöst, da der Eindruck vermittelt wurde, das Pentagon werde zum Sprachrohr der amerikanischen Afrikapolitik. Als Reaktion auf diese Kritik heben AFRICOM-Beamte seit 2009 die eher klassische Rolle in der Zusammenarbeit mit afrikanischen Militärs sowie seine „unterstützende“ Rolle in der US-Außenpolitik hervor (US Africa Command 2010a). Die Außendarstellung AFRICOMs beschränkt sich mittlerweile auf die Diskussion von Sachfragen auf der operativen Ebene. Die politischen Folgen AFRICOMs für die Debatte um die Verkopplung von Sicherheits- und Entwicklungspolitik werden dabei ausgeblendet.

2 Zum Überblick über die Kontroverse s. Francis 2010 sowie die Sonderausgabe von *Contemporary Security Policy*, Bd. 30, Nr. 1, 2009.

3 s. hierzu Menkhaus 2009; N'Diaye & Africa 2009; Concerned Africa Scholars 2008.

Im Folgenden wird argumentiert, dass das Ineinandergreifen westlicher Sicherheits- und Entwicklungsagenden eine Neubestimmung militärischen Handelns und somit auch AFRICOM erst ermöglicht hat. AFRICOM ist zum einen ein Resultat des westlichen Diskurses über die Untrennbarkeit von Sicherheit und Entwicklung und der dafür vorgesehenen Instrumente wie die bessere Koordinierung von zivilen und militärischen Akteuren. Zum anderen hat AFRICOM trotz oder gerade auf Grund seines experimentellen Charakters eine Vorbildfunktion innerhalb des amerikanischen militärischen Diskurses zur Transformation des US-Militärs.

Entwicklung als Sicherheitstechnologie: Armuts- oder Aufstandsbekämpfung?

Trotz des Vorwurfes, dass die Öffentlichkeit über Zweck und Mandat AFRICOMs nicht hinreichend aufgeklärt wurde, vollzog sich die Gründung des Militärkommandos keineswegs in sozialer Isolation. Im Gegenteil, die Genese AFRICOMs ist eingebettet in die Debatte um die Transformation des Militärs angesichts einer neuen Bedrohungswahrnehmung. Nach dieser Logik erfordere der Wandel von Krieg und Konflikt ein Umdenken aller Akteure. Die Weigerung, die eigene Komfortzone zu verlassen, hieße, den neuen Charakter der Sicherheitsbedrohungen zu ignorieren. Zusätzlich hat sich die Führungsebene im Pentagon den Konsens vieler westliche Geber über die Untrennbarkeit von Sicherheit und Entwicklung angeeignet und mobilisiert dieses Narrativ in der Öffentlichkeit für die Legitimierung des neuen Militärkommandos.

Das Argument der Untrennbarkeit von Sicherheit und Entwicklung fußt auf der unbestrittenen Annahme, dass zwischen Armut und gewalttätigem Konflikt ein Zusammenhang existiert (Collier u.a. 2003). Es ist jedoch gerade die Kombination aus konzeptioneller Offenheit, progressiver Terminologie und humanitärer Moralität, die die Verkopplung von Sicherheit und Entwicklung wirkmächtig macht. Die Konsensfähigkeit dieses Arguments konstituiert das diskursive Terrain, in dem sich westliche Entwicklungs- und Sicherheitsakteure seit dem Ende des Kalten Krieges neu positioniert haben. Eine Genealogie von Entwicklungsdogmen im Hinblick auf Ordnung und Sicherheit während der europäischen Industrialisierung, Kolonisierung und der Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion kann an dieser Stelle nicht erfolgen.⁴ Der Blick ist vielmehr auf die Verschmelzung beider Politikfelder gerichtet, wie sie sich seit den 1990er herauskristallisiert hat (s. hierzu auch das „*PERIPHERIE*-Stichwort Sicherheit“ in diesem Heft: 346ff).

4 s. hierzu Cowen & Shenton 1996; Duffield 2007; Duffield & Hewitt 2009; Rojas 2004.

„Keine Entwicklung ohne Sicherheit – keine Sicherheit ohne Entwicklung“ gilt nunmehr als Leitmotiv westlicher Politik gegenüber problematisierter Staatlichkeit.

Nach dem Ende des Kalten Krieges verlor die jahrzehntelang dominierende „realistische“ Sichtweise in den Internationalen Beziehungen, für die ausschließlich die Sicherheit des Staates relevant war, an Einfluss. Vor allem die UN „*Agenda for Peace*“ (United Nations 1992) sowie der UN *Human Development Report* 1994 (UNDP 1994) erweiterten den Begriff von Sicherheit und rückten mittels des Konzeptes der „menschlichen Sicherheit“ Bedrohungen für das Individuum in den Mittelpunkt politischen Handelns (s. auch Kaldor 2007). Es seien von nun an vor allem die Kontingenzen einer sich vernetzenden Welt im Zusammenhang mit politisierter Ethnizität, Wirtschaftskriminalität, Umweltzerstörung und schlechter Regierungsführung, die eine Bedrohung für die unmittelbar betroffenen und westlichen Bevölkerungen darstellten. Traditionelle Konzepte und Instrumente von Sicherheit und Entwicklung büßten an Legitimation ein und machten eine Neuverhandlung dieser Konzepte notwendig (Buur u.a. 2007; Pospisil 2009; s. auch den Beitrag von Jan Pospisil in diesem Heft: 236ff). Entwicklungsakteure engagieren sich zunehmend im Bereich der Sicherheit wie etwa der Krisenprävention oder der Sicherheitssektorreform. Andererseits wird von Sicherheitsakteuren erwartet, den engen Blick auf die Sicherheit des Staates zu erweitern. Diese diskursiven Linien verdichteten sich zu neuen konzeptionellen Knoten wie etwa der humanitären Intervention oder der *Responsibility to Protect*, welche die Notwendigkeit zu intervenieren nicht nur plausibel sondern als unabdingbar erscheinen lassen (Wheeler 2000; ICISS 2001; Duffield & Waddell 2006). Trotz der Betonung einer Schutzverantwortung gegenüber Individuen und der damit einhergehenden Schwächung des Konzeptes staatlicher Souveränität, besteht kein notwendiger Widerspruch zu staatszentrierten Annahmen. In den Konzepten zur menschlichen Sicherheit und der *Responsibility to Protect* wird weiterhin davon ausgegangen, dass es vor allem moderne Staatlichkeit ist, die den Schutz des Individuums vor Bedrohungen leisten kann. In der *Responsibility-to-Protect*-Agenda heißt es:

„... ein zusammenhaltendes und friedliches internationales System kann eher durch die Zusammenarbeit effektiver Staaten, die sich ihrer Rolle in der Welt bewusst sind, erreicht werden als in einer Umgebung aus fragilen, kollabierten, fragmentierten oder generell chaotischen Staaten“ (ICISS 2001: 4).

Die Anschläge des 11. September haben die Integration westlicher Sicherheits- und Entwicklungspolitik weiter vorangetrieben. Bürgerkriege und schlechte Regierungsführung galten seither nicht mehr nur als Bedrohung für

die Sicherheit der Bevölkerung vor Ort, sondern vor allem für die Sicherheit westlicher Lebensweisen. Nun wurde auch die Entwicklungspolitik in die Pflicht genommen, sich im Kampf gegen den Terrorismus zu positionieren. Viele Entwicklungsagenturen entwarfen Programme für den Umgang mit fragilen Staaten, da im Mix aus Armut und dysfunktionaler Regierungsführung der ideale Nährboden für terroristische Aktivitäten gesehen wurde.⁵

Hinter dem in der westlichen Außenpolitik geltenden Konsens über die Untrennbarkeit von Sicherheits- und Entwicklungspolitik verbergen sich jedoch unterschiedliche Interpretationen und Interessen. Die Unterbestimmtheit der Art der Verknüpfung führt dazu, dass sich in der Rede vom „Nexus“ oft eine Mischung aus Bestandsaufnahme, Analyse, Politikempfehlung und Kritik finden lässt. Maria Stern und Joakim Öjendal haben den Versuch unternommen, die verschiedenen Bedeutungs- und Interessenslagen im Diskurs über Sicherheit/Entwicklung zu entflechten (Stern & Öjendal 2010: 17-21). Das Argument über die Verknüpfung beider Felder kann einerseits auf modernistischen Annahmen basieren, wonach sich Sicherheit, Fortschritt und Entwicklung gegenseitig verstärken. Aus einer normativen Perspektive kann der Nexus als die Manifestation progressiver Konzepte wie menschlicher Sicherheit oder menschlicher Entwicklung verstanden werden. Auf ähnliche Weise deuten Anhänger des Konzeptes des „liberalen Friedens“ das Zusammendenken von Sicherheit und Entwicklung als den idealen Rahmen, um komplexen Herausforderungen durch Klimawandel, Nahrungsmittelknappheit, schlechte Regierungsführung, Pandemien und Terrorismus zu begegnen.

Kritischere Beiträge aus den Gouvernamentalitätsstudien hingegen problematisieren diese einfachen Bedeutungszuschreibungen und untersuchen sie auf ihre strategischen Funktionen (Foucault 2004; Bröckling u.a. 2000; Burchell u.a. 1991). Hier steht die Frage im Mittelpunkt, wie autoritatives Wissen über Sicherheit und Entwicklung für Interventionen mobilisiert wird. Dieses Kartieren hilft dann bei der Analyse der Frage, wie es einigen Anrufungen des Nexus gelingt, hegemonial zu werden, während andere ausgeschlossen bleiben. Dieser Perspektive folgend können die Logiken von Entwicklung und Sicherheit als sich bedingende Modalitäten liberalen Regierungsdenkens verstanden werden, welches „Unterentwicklung“ als gefährlich wahrnimmt und zum Objekt eines Sicherheitskalküls macht. Zum Einsatz kommt dann eine Vielzahl an Interventionen, welche bestimmte Lebensformen im Namen der Freiheit verbessern oder transformieren will (Duffield 2007: 4-8). Entwicklungspolitische Maßnahmen sind eng verknüpft mit dem biopolitischen Machttypus im Foucault'schen Sinne, welcher nicht

5 s. u.a. DFID 2005; Danish Ministry of Foreign Affairs 2004; USAID 2002; OECD-DAC 2003.

primär repressiv und direkt, sondern befähigend und indirekt auf der Ebene der Bevölkerung eingreift, mit dem Ziel gesellschaftliche Abläufe zu optimieren (Foucault 2003: 239-264). Liberales Regierungsdenken beruht einerseits auf der universellen Freiheit aller, spricht jedoch bestimmten Subjekten die Fähigkeit ab, diese Freiheit zu praktizieren – etwa „nichtliberalen“ Gesellschaften – und rechtfertigt somit treuhänderisches Eingreifen etwa durch Entwicklungspolitik (Jahn 2007: 222-224; Hindess 2001; s. auch Schetter 2010). Laut Aram Ziai ist das Wissen über Entwicklung eine Aussage über die „Falschheit“ bestimmter Lebensweisen (Ziai 2006: 40) und schreibt eine biopolitische Differenz zwischen erwünschten und unerwünschten sowie zwischen gefährlichen und ungefährlichen Lebensformen fort. Lars Buur, Steffen Jensen und Finn Stepputat argumentieren im Anschluss an Giorgio Agamben, dass die entwicklungspolitische Entscheidung darüber, welche Lebensweise verbessert werden kann und welche ausgeschlossen werden muss, ein biopolitischer Akt ist, der souveräne Machtpraktiken sichtbar macht (Buur u.a. 2007: 11-16). Die Idee von Entwicklung kann somit als ein funktionaler Bestandteil eines liberalen Sicherheitskalküls verstanden werden (Duffield 2007: 24-31; Pospisil 2009: 43-68).

Die ausbleibenden militärischen wie politischen Erfolge in Afghanistan und Irak zwangen die US-Regierung und andere westliche Akteure dazu, Sicherheit und Entwicklung neu zu denken und zu implementieren. Unter dem Banner von *Unity of Effort* und *Whole of Government* sowie unter Rückgriff auf die Strategie der Aufstandsbekämpfung sollten nun alle Regierungsinstrumente zum Sieg über Aufständische, zum Schutz der Zivilbevölkerung sowie dem Projekt des *Statebuilding* mobilisiert werden. Diplomaten und Entwicklungshelfer agieren innerhalb der *Provincial Reconstruction Teams* nicht nur in unmittelbaren Kriegssituationen, sondern unter militärischem Kommando (Hodge 2011: 165-185). Die *Counterinsurgency*-Doktrin, die seit 2006 im Irak und auch in Afghanistan praktiziert wird, dient dem US-Militär als wichtige Plattform zum eigenen grundlegenden Wandel. Afrika gilt dem US-Militär dabei als ideales Terrain zum weiteren Ausbau der zivilen Fertigkeiten. Entwicklung wird hier auf eine radikale Weise als Sicherheitsstrategie realisiert, so dass die Unterscheidung zwischen Kategorien des Zivilen und des Militärischen zusehends verschwimmt.

Tür eintreten, Ordnung schaffen, Haus wiederaufbauen: Die Entwicklungspolitik des US-Militärs

Angesichts des anhaltenden Widerstands in Irak und Afghanistan wuchs in den USA die Einsicht, dass es zum Erreichen der außenpolitischen Ziele

mehr als Präzisionsbomben bedürfe. Dementsprechend mahnte der den Wandel des US-Militärs maßgeblich prägende damalige Verteidigungsminister Robert Gates an, die Fähigkeit des US Militärs, „die Tür einzutreten“ müsse mit der Fähigkeit, „die Sauerei zu beseitigen und das Haus wieder aufzubauen“ verbunden werden (Gates 2009: 31). Dieser Aufruf spiegelt jedoch eine inzwischen beinahe übliche Praxis wider. Das amerikanische Verteidigungsministerium verwaltet inzwischen mehr als 20 Prozent der offiziellen amerikanischen Entwicklungshilfegelder (ODA).⁶ Demgegenüber ist USAID nur noch für die Verteilung von 40 Prozent der amerikanischen ODA verantwortlich (OECD-DAC 2006; Atwood u.a. 2008). Das Pentagon hat durch eine Reihe von Programmen und Sonderregelungen seine „nicht-militärischen Instrumente“ in den letzten Jahren erheblich erweitert. So hat die Direktive 3000.05 des amerikanischen Verteidigungsministeriums zivilen Stabilisierungsmaßnahmen inzwischen denselben Stellenwert eingeräumt wie klassischen Kampfhandlungen. Es verpflichtet das Militär „bereit zu sein, alle Aufgaben durchzuführen, die für die Etablierung bzw. den Erhalt der Ordnung notwendig sind, wenn zivile Akteure dies nicht können“ (DOD 2005). Weiterhin erlaubt etwa das *Commander's Emergency Response Program* den Kommandeuren vor Ort, Mittel aus dem Budget des Pentagon für humanitäre Aktivitäten zu verwenden (Martins 2005).

Das Erkunden zivilen Terrains rechtfertigt das Pentagon regelmäßig mit den unzureichenden Mitteln der anderen Ministerien. Die Schiefe Lage in der Mittelverteilung im Bereich der US-Außen- und Sicherheitspolitik ist enorm. Als Reaktion hat die Regierung unter Präsident Obama inzwischen mehrere Untersuchungen veranlasst, die die Rollenverteilung zwischen Verteidigung, Diplomatie und Entwicklung in der amerikanischen Außenpolitik neu bewerten sollen (White House 2010). Selbst der damalige US-Verteidigungsminister Robert Gates konnte Befürchtungen über eine Militarisierung der US-Außenpolitik nachvollziehen und forderte eine Aufstockung der Etats von State Department und USAID. Gleichzeitig machte er jedoch klar, dass auf Grund der sich wandelnden internationalen Bedrohungen das „Militär diese nicht traditionellen Fähigkeiten institutionalisieren und beibehalten [muss]“ (Gates 2007).

Die „nichttraditionelle“ Fähigkeit, zivile und „politische“ Aktionen zu einem Teil der Kriegsführung zu machen, ist natürlich kein Novum, sondern wurde nur seit dem Ende des Vietnamkrieges von den USA kaum mehr

6 Man beachte, dass sich diese hohe Zahl vor allem aus den Zuwendungen zum Wiederaufbau im Irak und Afghanistan ergibt.

praktiziert.⁷ Konfrontiert mit dem Widerstand im Irak gegen die amerikanischen Invasoren suchte das Verteidigungsministerium nach Antworten in den *Counterinsurgency*-„Lehrbüchern“ (s. etwa Galula 2006; Nagl 2005). Im Tandem mit der Doktrin zu Stabilisierungsmaßnahmen (Field Manual 3-07 *Stability Operations*) ebnete das 2006 erschienene Handbuch zur Aufstandsbekämpfung (Field Manual 3-24 *Counterinsurgency*) der US-Armee den Weg für eine Erweiterung militärischen Engagements in Kontexten „schwacher“ Staatlichkeit (US Army Marine Corps 2007; US Army 2008).

Im jüngsten militärischen Diskurs im Hinblick auf Aufstandsbekämpfung, Stabilisierung und *Statebuilding* werden drei notwendige Innovationen vorgebracht: Ziel des Engagements muss die Bevölkerung sein (I); das Militär muss sich im gesamten Spektrum der Konfliktlage engagieren, also auch zu Friedenszeiten (II); alle intervenierenden Akteure müssen koordiniert vorgehen (III).

(I) In den Doktrinen zu Aufstandsbekämpfung und Stabilisierung wird der Charakter zukünftiger Konflikte als durch Asymmetrie und Guerillataktiken gekennzeichnet wahrgenommen. Die lokale Bevölkerung steht dabei im Zentrum des Interesses aller Konfliktparteien. Dementsprechend definiert der Militärstratege David Kilcullen Aufstandsbekämpfung als „Wettbewerb mit dem Aufständischen um das Recht und die Fähigkeit, die Herzen, Köpfe und die Duldung der Bevölkerung zu gewinnen“ (Kilcullen 2006: 103). Das Generieren von Wissen über die Normen und Gewohnheiten der Bevölkerung ist eine zentrale Voraussetzung, um diese zu beschützen und ihr Vertrauen zu gewinnen. Sarah Sewall argumentiert demzufolge im US-Handbuch zur Aufstandsbekämpfung, dass der „Schutz der Zivilbevölkerung Teil der Mission des *Counterinsurgents* wird, der wichtigste Teil“ (Sewall 2007: xxv). Zusätzlich benötige man jedoch auch die Instrumente, um der Bevölkerung nicht nur Schutz, sondern auch andere wesentliche Dienstleistungen wie humanitäre Unterstützung oder Infrastrukturaufbau zu bieten. Kilcullen zufolge sei *Counterinsurgency* „bewaffnete Sozialarbeit“ im Dienste der Zivilbevölkerung (Kilcullen 2010: 43). In ihrer Analyse zur Biopolitik liberaler Interventionen haben Colleen Bell und Brad Evans den paradigmatischen Unterschied zwischen Terrorismus- und Aufstandsbekämpfung herausgearbeitet. Terroristen werden als destruktiv und außerhalb des Politischen stehend gesehen. Ihnen kann folglich mit Instrumenten souveräner Macht begegnet werden. Aufständische hingegen genießen meist die Unterstützung großer Teile der Gesellschaft. Um die Bevölkerung von den Aufständischen zu separieren, bedarf es des Einsatzes von

7 Zur Geschichte der *Counterinsurgencies* der europäischen Kolonialmächte s. den Beitrag von Reinhart Köbler & Marcel Baumann in diesem Heft: 149ff.

produktiveren Machtformen – wie etwa Wiederaufbau- und Entwicklungsprojekten – welche der Bevölkerung ökonomische, soziale oder politische Alternativen aufzeigen. Diese Strategie geht mit einem erweiterten Mandat der Intervenierenden einher, um bestimmte Lebensweisen zu fördern bzw. zu transformieren (Bell & Evans 2010: 377-378). Es darf dabei jedoch nicht ausgeblendet werden, dass repressive Machtformen inhärenter Bestandteil einer auf Sicherheitslogiken basierenden Biopolitik sind (Agamben 1998).

(II) Das konsequente Zusammendenken – und Implementieren – von Sicherheit und Entwicklung in *Counterinsurgencies*, die Gleichzeitigkeit kurzfristigen militärischen Eingreifens und längerfristiger sozioökonomischer Intervention hat jedoch nicht nur Geltung für unmittelbare gewalttätige Auseinandersetzungen, sondern wird von westlichen Sicherheitsakteuren als wesentliches Element für das längerfristige Schaffen von Stabilität gesehen. Die Welt, wie sie das amerikanische Verteidigungsministerium sieht, ist durch konstante Instabilität und „ständigen Konflikt“ gekennzeichnet: „In dieser Welt souveräner Staaten, ungleich in Entwicklung und Ressourcen, [sind] Spannungen und Konflikte allgegenwärtig“ (US Army 2008: Abs. 1-10). Unter diesen Bedingungen können langfristige Ziele amerikanischer Außenpolitik wie eine „sichere Umwelt, Rechtsstaatlichkeit, soziales Wohlbefinden, stabile Regierungsführung und eine nachhaltige Ökonomie“ nur erreicht werden, wenn das Militär in der Lage ist, sich im „gesamten Konfliktspektrum zwischen stabilem Frieden und offenem Krieg“ zu engagieren (ebd.: Abs. 1-79 sowie Abs. 1-11). Der Fokus auf Stabilisierung meint also auch ein präventives Engagement vor dem Ausbrechen von Konflikten:

„Was möglich, sogar wahrscheinlich ist, ist die Notwendigkeit, mit und durch lokale Regierungen zu arbeiten, um den nächsten Aufstand zu verhindern, den nächsten scheiternden Staat zu retten oder das nächste humanitäre Desaster abzuwenden“ (Robert Gates zit. in ebd.: Abs. 2-1).

(III) Die globale Unsicherheit erfordere als dritte Innovation ein koordiniertes und kohärentes Zusammenwirken ziviler und militärischer Akteure. Ein „einheitliches Bemühen“ von zivilen und militärischen Akteuren sowie von multinationalen und Nichtregierungsorganisationen ist eine der wesentlichen Ambitionen, die in den Doktrinen zu Stabilisierung und *Counterinsurgency* diskutiert werden (US Army 2008: Abs. 1-14 bis 1-16; s. auch US Army Marine Corps 2007: Abs. 2-1 bis 2-2 sowie 2-13). Obgleich auf eine strikte Arbeitsteilung geachtet werden sollte, ist das Militär „vorbereitet, Aufgaben zu übernehmen“, für welche unter normalen Umständen zivile Akteure verantwortlich sind (US Army 2008: Abs. 3-8). In solchen Fällen würden militärische Akteure in zivile *Governance*-Prozesse wie etwa der

Unterstützung gesetzesbildender Maßnahmen, dem Training einer Übergangsadministration, dem Koordinieren von Wahlen sowie der Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen eingreifen (ebd.: Abs. 3-55 bis 3-58). Für diese Aufgaben sind vor allem die *Civil Affairs Teams* vorgesehen, die auf Grund ihrer Expertise in der Lage sein sollen, die lokale Bevölkerung über die Militäraktionen aufzuklären und für eine reibungslose Implementierung zu sorgen (ebd.: Abs. 3-76 bis 3-79).

Die Idee der „Stabilisierung“, wie sie unter anderem in britischen und amerikanischen Militärkreisen diskutiert wird, besitzt eine wichtige diskursive Brückenfunktion, da unter dem Schirm vom Stabilisierung sowohl kurzfristige militärische – z.B. Aufstandsbekämpfung – als auch längerfristige zivile – z.B. Wiederaufbau und *Statebuilding* – Agenden ihren Platz finden (Collinson u.a. 2010; Gordon 2010). Zum einen ermöglicht die Doktrin die Ausweitung militärischen Handelns in zivile Felder „inklusive dem Anbieten von essentiellen zivilen Regierungsfunktionen“ (US Army 2008: x). Zweitens befähigt sie das Militär, wie das Beispiel AFRICOMs zeigt, zu einem präventiven Engagement in Räumen, die nicht notwendigerweise von gewalttätigen Konflikten gekennzeichnet sind. Die alarmierende Bedeutung der Stabilisierungsdoktrin ergibt sich aus der Bündelung militärischer, humanitärer und entwicklungspolitischer Diskursstränge und Handlungsoptionen, die dann durch das Militär als kohärentes *Whole-of-Government*-Maßnahmenpaket zum Kurieren fragiler Staatlichkeit angeboten werden.

AFRICOM als Wegweiser zukünftigen militärischen Handelns

AFRICOM präsentiert sich als bereit zur Reform und hat einige der diskutierten Konzepte in die Praxis umgesetzt. So haben verschiedene militärische Komponenten, die in AFRICOM integriert worden sind, ihr ziviles Engagement gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen verstärkt. Die Antiterrorismusmissionen CJTF-HoA am Horn von Afrika sowie die TSCTP in der Sahelregion haben ihr ursprüngliches Mandat der Identifizierung von Terroristen erweitert und fokussieren auf humanitäre und Entwicklungsprojekte wie das Reparieren von Schulen und Kliniken, Brunnenbau oder die Impfung von Menschen und Nutztieren in ländlichen – und meist muslimischen – Regionen Ostafrikas sowie der Sahelregion (Bradbury & Kleinman 2010; Lischer 2007; Piombo 2010). Geleitet von einer *Counterinsurgency*-Logik, wonach gute Taten für die Bevölkerung deren Bereitschaft zur politischen Gewalt mindern, haben zivile Teams der CJTF-HoA zwischen 2007 und

2010 rund 300 solcher Projekte implementiert (US Africa Command 2010b).⁸ CJTF-HoAs zivile Aktivitäten zur Verhinderung einer „Radikalisierung“ muslimischer Gemeinschaften gelten in AFRICOM-Dokumenten als „zentral zum Erreichen der Mission“ (US Africa Command 2009: 29) und ebnen den Weg für einen breiteren präventiven Einsatz des Militärs auf dem Kontinent.⁹

Ogbleich AFRICOM-Offizielle angesichts der Kritik inzwischen öffentlich zurückgesteckt haben und den traditionellen Charakter des Kommandos betonen, wird AFRICOM im amerikanischen Militärdiskurs oft als Modell dafür angeführt, wie das Militär der Vereinigten Staaten angesichts der Konflikte der Zukunft organisiert werden und handeln könnte. Kevin D. Stringer etwa sieht in AFRICOM neben den *Provincial Reconstruction Teams* das derzeit größte Potenzial für eine stärkere Kooperation zwischen zivilen und militärischen Akteuren (Stringer 2010). Das historische Vorbild einer solchen Koordinierung ist für ihn dabei ausgerechnet das Programm *Civil Operations and Revolutionary Development Support* (CORDS), jenes Sinnbild amerikanischer *Counterinsurgency*-Kriegsführung in Vietnam, innerhalb dessen die Entwicklungsprojekte und militärische Operationen unter einem integrierten militärischen Kommando standen. CORDS beinhaltete zusätzlich das geheimdienstliche Programm „Phoenix“, welches auf die „Eliminierung“ der Infrastruktur vietnamesischer Kommunisten abzielte und innerhalb dessen mehrere Tausend Verdächtige getötet wurden.¹⁰ Robert Munson fordert, AFRICOM zu einem „echten interministeriellen Kommando“, der Struktur einer Botschaft folgend, umzubauen. Der „zivile Kommandeur“ sollte dann gleichzeitig amerikanischer Botschafter bei der

8 Diese Praxis ist höchst umstritten. Zum einen wurden diese Projekte in den Anfangsjahren ohne Koordination mit der amerikanischen Botschaft, USAID oder Behörden der Empfängerländer durchgeführt. Dies führte zu erheblichen Spannungen innerhalb der US-Administration. Zum anderen wurden Langzeitwirkungen der Projekte nicht evaluiert. Oftmals wurden sie isoliert und ad hoc implementiert. Wichtiger schien der von Sicherheitsprämissen geleitete *quick Impact* dieser Projekte. Außerdem wehrten sich einige Dörfer gegen die Präsenz des amerikanischen Militärs (s. hierzu Bradbury & Kleinman 2010; GAO 2010).

9 Das Gewinnen der Unterstützung der Lokalbevölkerung gilt als Schlüssel zum Erfolg von *Counterinsurgency*-Strategien. Dies setzt die Akkumulation von Wissen über die Bevölkerung voraus. Im Hinblick auf die Kriege in Afghanistan und Irak hat der Einsatz von Ethnologen in den amerikanischen „Human Terrain Teams“ zu einer neuen Kontroverse über die Mobilisierung sozialwissenschaftlichen Wissens zu Kriegszwecken geführt (s. Gonzalez 2009; Kelly u.a. 2010; Network of Concerned Anthropologists 2009; sowie den Beitrag von Köbler & Baumann in diesem Heft: 149ff). Mit der Gründung von AFRICOMs eigener Denkfabrik, dem *Social Science Research Center* (SSRC), und dem Einsatz von *Socio-Cultural Research and Advisory Teams* (SCRATs) hat sich das Streben des Militärs nach soziokulturellem Wissen auch im Afrikakommando materialisiert.

10 Zur Aktualität von CORDS im derzeitigen amerikanischen *Counterinsurgency*-Diskurs s. Andrade & Willbanks 2006; zur Gewalttätigkeit von „Phoenix“ s. Gonzalez 2009: 59-63.

Afrikanischen Union sein (Munson 2008: 100). Für David W. Shin hat die Organisation von AFRICOM Vorbildcharakter für Operation und Struktur anderer US-Militärkommandos. AFRICOM könne in der zivil-militärischen Koordination Maßstäbe setzen und er fordert daher:

„Die US-Regierung sollte AFRICOM zu einem Labor für die Förderung eines *Whole-of-Government-Ansatzes* innerhalb von Stabilisierungsmaßnahmen machen“ (Shin 2009: 32).

Ein aktuelles Strategiepapier der *Joint Chiefs of Staff* fordert gar eine offensivere Ausrichtung AFRICOMs zum Aufbau von *Governance*-Strukturen sowie zur Gewährleistung menschlicher Sicherheit (JCSWG 2010). Der Mix aus unzureichender Regierungsführung, Bevölkerungsdruck, hoher Arbeitslosigkeit und kraftlosen Ökonomien mache einen militärischen Fokus auf Afrika im Sinne einer Verhinderung von gewalttätigen Konflikten zur Priorität. Die Verwundbarkeit afrikanischer Staaten „... bietet die Möglichkeit, in Afghanistan und Irak gewonnene Erfahrungen zu konservieren und zu verfeinern und neue [...] Konzepte der Sicherheitskooperation zu testen“ (ebd.). Afrika wird somit zum Labor, in dem mit neuen zivil-militärischen Konfigurationen experimentiert werden kann. Die Afrikastrategie bemängelt jedoch, dass AFRICOMs Praktiken bislang zu „vertikal“ und reaktiv ausgerichtet sind. Benötigt würden demgegenüber jedoch horizontale, d.h. präventive und langfristig angelegte Ansätze, um die den erwähnten Problemen zu Grunde liegenden Bedingungen zu ändern (ebd.).

Was die angeführten Autoren in ihren in Militärkreisen als radikal geltenden Vorschlägen fordern, ist eine weitere Verschränkung des Zivilen und des Militärischen. In seiner kritischen Analyse der zivil-militärischen Beziehungen der letzten 15 Jahre beobachtet Frederik Rosén eine Vermengung der Mandate bis zu dem Punkt, an dem die normative Trennlinie zwischen militärischem und zivilem Handeln kaum noch erkennbar ist. Durch die Fokussierung des Militärs auf nichtkriegerische Aktivitäten innerhalb des opaken diskursiven Rahmens von „Stabilisierung“ kommt es gar zu einer Veränderung der Semantik des „Militärischen“ als der Fähigkeit und Rechtmäßigkeit einer staatlichen Institution, zu einer bestimmten Zeit, an einem bestimmten Ort, ein festgelegtes Maß an Gewalt einzusetzen (Rosén 2010: 38-41). Der Drang des Militärs, sich stärker in die Steuerung ziviler *Governance*-Prozesse einzubringen, stellt demnach eine neue Generation zivil-militärischer Beziehungen dar, in der die „funktionale Differenzierung zwischen militärischen und anderen Instrumenten der international Politik verschwindet“ (ebd.: 36). Für Rosén ist AFRICOM dabei ein typisches Beispiel. Zum einen bekämpft AFRICOM in einem hohen Maße

nichtmilitärische Herausforderungen wie Drogen- und Waffenschmuggel, illegale Migration, illegales Abfischen, Armut und Krankheiten. Zum anderen betont es selbst einen „weichen“ Ansatz und interministeriellen Charakter. Zudem sei AFRICOM ein Beweis dafür, dass die Verschränkung von zivilen und militärischen Kapazitäten für die US-Politik der richtige Schritt sei, um die Ziele der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik zu erreichen (ebd.: 27).

Zusammenfassung

Im Beitrag wurde argumentiert, dass das amerikanische Militärkommando für Afrika den Versuch der Neuerfindung militärischen Handelns darstellt. Innerhalb westlicher Stabilisierungs- und *Statebuilding*-Interventionen präsentiert sich AFRICOM als präventiv orientierter, auf menschliche Sicherheit und Entwicklung abzielender Akteur. Es bietet sich als „zuhörender“, „lernfähiger“ und auf die Bedürfnisse der afrikanischen Akteure reagierender „Partner“ an (Ward & Galvin 2008). Die AFRICOM-Führung konstruiert dabei eine hierarchiefreie Arena, die durch ein gemeinsames Interesse gekennzeichnet ist und in der das externe Militär mit den lokalen Institutionen und Bevölkerungen eine symbiotische Verbindung eingeht. Diese diskursive Strategie lenkt zum einen den Blick weg von der tatsächlichen Bereitschaft zum Einsatz von Gewalt (s. für einige Beispiele BBC 2009; New York Times 2009). Zum anderen zeigt sie jedoch, wie geschickt das Militär verschiedene Diskursstränge – in Hinblick auf verschiedenste außenpolitische Ziele wie Terrorismus- und Aufstandsbekämpfung, Stabilisierung, Wiederaufbau, Entwicklung – manövriert und sich dabei weitreichende Handlungsmöglichkeiten innerhalb der *Whole-of-Government*-Ansätze eröffnet.

Befördert durch die Institutionalisierung von *Counterinsurgency*-Rationalitäten im Irak und in Afghanistan verschärft die Erweiterung des militärischen Mandates innerhalb des Paradigmas der „Stabilisierung“ die Verschränkung der Kategorien des Zivilen und des Militärischen. Diese Verschiebungen bedürfen fundierter empirischer Forschung und weisen gleichzeitig auf die Dringlichkeit einer politischen Debatte auf mehreren Ebenen hin: Der beschriebene Wandel lenkt den Blick erneut auf die Funktionalität von Entwicklungspraktiken innerhalb militärischer Aufstandsbekämpfung und zwingt politische Akteure in westlichen Gesellschaften dazu, Position zu den Grenzen militärischen Handelns zu beziehen. Die Erweiterung militärischer Verantwortungsbereiche führt zudem dazu, dass selbst auf Räume und Gesellschaften, in denen kein gewalttätiger Konflikt herrscht, mit Strategien der Kriegsführung eingewirkt wird, wie die zivilen Projekte

der CTJF-HoA zeigen, die sich mittlerweile auf ganz Ostafrika ausdehnen. Für diese Gesellschaften bedeutet es, dass sich die Motivation der Geber immer schwerer entschlüsseln lassen: Dienen Entwicklungsprojekte der Armut- oder der Aufstandsbekämpfung?

Auf konzeptioneller Ebene weisen die Verschiebungen auf eine Problematik von Entwicklung als liberale Sicherheitsstrategie hin. Dominanten diskursiven Rahmungen zufolge erfordern neue Sicherheitsbedrohungen ein integriertes und langfristiges Engagement in „fragilen“ Situationen. Souveräne Praktiken zur Bekämpfung von „radikalen“ oder „störenden“ Elementen müssen demnach durch die Bevölkerung schützende bzw. aktivierende gouvernementale Maßnahmen ergänzt werden. *Whole-of-Government-Ansätze* und der erweiterte Verantwortungsbereich des Militärs beruhen dabei auf der Annahme, dass die sozialen Realitäten in „unzureichend regierten“ Gesellschaften vollständig steuerbar sind. Es bedarf lediglich des politischen Willens im Westen, die verfügbare Expertise von Diplomaten, Entwicklungshelfern und Militärs zu bündeln und konzertiert einzusetzen. Dieser Prozess verdeutlicht einmal mehr die Wirkmächtigkeit hegemonialen (europäischen) Wissens als Basis liberaler Entwicklungspolitik.

Literatur

- Africa Policy Advisory Panel (2004): *Rising Stakes in Africa. Seven Proposals to Strengthen US Africa Policy*. Washington, DC.
- African Oil Policy Initiative Group (2002): *African Oil: A Priority for US National Security and African Development*. Washington, DC.
- Agamben, Giorgio (1998): *Homo Sacer. Sovereign Power and Bare Life*. Stanford, CA.
- Andrade, Dale, & James H. Willbanks (2006): „CORDS/Phoenix. Vietnam Counterinsurgency Lessons for the Future“. In: *Military Review*, April 2006, S. 9-23.
- Atwood, J. Brian; M. Peter McPherson & Andrew Natsios (2008): „Arrested Development“. In: *Foreign Affairs*, Bd. 87, Nr. 6, S. 123-132.
- Bachmann, Jan (2008): „The Danger of ‘Ungoverned’ Spaces: The ‘War on Terror’ and Its Effects on the Sahel Region“. In: Eckert, Julia (Hg.): *The Social Life of Anti-Terrorism Laws*. Bielefeld, S. 131-162.
- Bachmann, Jan (2010): „Kick down the Door, Clean up the Mess, and Rebuild the House – The Africa Command and Transformation of the US Military“. In: *Geopolitics*, Bd. 15, Nr. 3, S. 564-585.
- Balzaq, Thierry (2010) (Hg.): *Securitization Theory. How Security Problems Emerge and Dissolve*. London.
- BBC News (2009): *Al-Qaeda Somali Suspect Killed*, 15. 9. 2009. <http://news.bbc.co.uk/1/hi/8254957.stm>, letzter Aufruf: 9. 1. 2011.
- Bell, Colleen, & Brad Evans (2010): „Terrorism to Insurgency. Mapping the Post-Intervention Security Terrain“. In: *Journal of Intervention and Statebuilding*, Bd. 4, Nr. 4, S. 371-290.
- Bigo, Didier (2002): „Security and Immigration: Toward a Critique of the Governmentality of Unease“. In: *Alternatives*, Bd. 27, Sonderausgabe, S. 63-92.

- Bigo, Didier (2008): Globalized (In-)Security: The Field and the Ban-Opticon. In: ders. & Anastassia Tsoukala (Hg.): *Terror, Insecurity, Liberty. Illiberal Practices of Liberal Regimes*. London, S.10-48.
- Bradbury, Mark, & Michael Kleinman (2010): *Winning Hearts and Minds. Examining the Relationship Between Aid and Security in the Horn of Africa*. Medford, MA.
- Bröckling, Ulrich; Susanne Krasmann & Thomas Lemke (2000) (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart*. Frankfurt a.M.
- Burchell, Graham; Colin Gordon & Peter Miller (1991) (Hg.): *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*. Chicago, IL.
- Buur, Lars; Steffen Jensen & Finn Stepputat (2007): „Introduction“. In: Dies. (Hg.): *The Security-Development Nexus: Expressions of Sovereignty and Securitization in Southern Africa*. Uppsala & Kapstadt, S. 9-33.
- Buzan, Barry; Ole Wæver & Jaap de Wilde (1998): *Security: A New Framework for Analysis*. Boulder, CO.
- c.a.s.e. collective (2006): „Critical Approaches to Security in Europe: A Networked Manifesto“. In: *Security Dialogue*, Bd. 31, Nr. 4, S. 443-487.
- Clough, Michael (1992): *Free at Last? U.S. Policy toward Africa and the End of the Cold War*. New York, NY.
- Collier, Paul; Lani Elliott; Håvard Hegre; Anke Hoeffler; Marta Reynal-Querol & Nicholas Sambanis (2003): *Breaking the Conflict Trap. Civil War and Development Policy*. Washington, DC.
- Collinson, Sarah; Sami Elhawary & Robert Muggah (2010): „States of Fragility: Stabilisation and its Implications for Humanitarian Action“. In: *Disasters*, Bd. 34, Sonderausgabe S 3, S. S275-S296.
- Concerned Africa Scholars (2008): *Resist AFRICOM. The Movie*. <http://concernedafricascholars.org/resist-africom-the-movie>, letzter Aufruf: 10. 1. 2011.
- Cowen, Michael, & Robert Shenton (1996): *Doctrines of Development*. London.
- Danish Ministry of Foreign Affairs (2004): *Principles Governing Danish Development Assistance for the Fight against Terrorism*. Kopenhagen.
- DFID – UK Department for International Development (2005): *Why We Need to Work More Effectively in Fragile States*. London.
- DOD – US Department of Defense (1995): *US Security Strategy for Sub-Saharan Africa*. Washington, DC.
- DOD – US Department of Defense (2005): *Directive 3000.05. Military Support for Stability, Security, Transition and Reconstruction (SSTR) Operations*. Washington, DC.
- DOD – US Department of Defense (2007): *Department of Defense News Briefing with Ryan Henry and Walter Sharp*. Washington, DC, 7. 2. 2007.
- Duffield, Mark (2007): *Development, Security and Unending War: Governing the World of Peoples*. Cambridge.
- Duffield, Mark, & Nicholas Waddell (2006): „Securing Humans in a Dangerous World“. In: *International Politics*, Nr. 43, S. 1-23.
- Duffield, Mark, & Vernon Hewitt (2009) (Hg.): *Empire, Development and Colonialism: The Past in the Present*. Rochester, NY.
- Foucault, Michel (2003): *Society Must Be Defended*. London.
- Foucault, Michel (2004): *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*. Frankfurt a.M.
- Francis, David J. (2010) (Hg.): *US Strategy in Africa: AFRICOM, Terrorism and Security Challenges*. London.
- Galula, David (2006): *Counterinsurgency Warfare: Theory and Practice*. Westport, CT.
- GAO – US Government Accountability Office (2010): *DOD Needs to Determine the Future of Its Horn of Africa Task Force*. Washington, DC.

- Gates, Robert (2007): *Beyond Guns and Steel. Reviving the Nonmilitary Instruments of American Power*. Landon-Vorlesung an der University of Kansas, 27. 11. 2007.
- Gates, Robert (2009): „A Balanced Strategy. Reprogramming the Pentagon for a New Age“. In: *Foreign Affairs*, Bd. 88, Nr. 1, S. 28-40.
- Gonzalez, Roberto J. (2009): *American Counterinsurgency: Human Science and the Human Terrain*. Chicago, IL.
- Gordon, Stuart (2010): „Civil Society, the ‘New Humanitarianism’, and the Stabilisation Debate: Judging the Impact of the Afghan War“. In: Howell, Jude, & Jeremy Lind (Hg.): *Civil Society under Strain: Counterterrorism, Policy, Civil Society and Aid Post-9/11*. Sterling/VA., S. 109-126.
- Hindess, Barry (2001): „The Liberal Government of Unfreedom“. In: *Alternatives*, Bd. 26, Nr. 2, S. 93-111.
- Hodge, Nathan (2011): *Armed Humanitarians. The Rise of the Nation Builders*. New York, NY.
- ICISS – International Commission on Intervention and State Sovereignty (2001): *The Responsibility to Protect*. New York, NY.
- Jahn, Beate (2007): „The Tragedy of Liberal Democracy. Democratization, Intervention and Statebuilding. Part II“. In: *Journal of Intervention and Statebuilding*, Bd. 1, Nr. 2, S. 211-229.
- JCSWG – Joint Chiefs of Staff Working Group (2010): *Africa Strategy Review*. Unveröffentlichte Version.
- Kaldor, Mary (2007): *Human Security. Reflections on Globalization and Intervention*. Cambridge.
- Kaplan, Robert D. (2007): „The Next Frontier“. In: *The Atlantic*, November 2007, <http://www.theatlantic.com/magazine/archive/2007/11/the-next-frontier/6453/1/>, letzter Zugriff: 7. 6. 2011.
- Kelly, John; Beatrice Jauregui; Sean T. Mitchell & Jeremy Walton (2010) (Hg.): *Anthropology and Global Counterinsurgency*. Chicago, IL.
- Kilcullen, David (2006): „Twenty-eight Articles: Fundamentals of Company-Level Counterinsurgency“. In: *Military Review*, Juni 2006, S. 103-108.
- Kilcullen, David (2010): *Counterinsurgency*. London.
- Laidi, Zaki (1990): *The Superpowers and Africa: The Constraints of a Rivalry, 1960-1990*. Chicago, IL, & London.
- Lawson, Letitia (2007): „US Africa Policy Since the Cold War“. In: *Strategic Insights*, Bd. 6, Nr. 1, <http://www.nps.edu/Academics/centers/ccc/publications/OnlineJournal/2007/Jan/lawsonJan07.html>, letzter Zugriff 7. 6. 2011.
- Lischer, Sarah (2007): „Winning Hearts and Minds in the Horn of Africa“. In: *Harvard International Review*, <http://www.harvardir.org/index.php?page=article&id=1481&p=>, letzter Aufruf: 9. 1. 2011.
- Martins, Mark (2005): „The Commander’s Emergency Response Program“. In: *Joint Force Quarterly* Nr. 37, S. 46-52.
- McFate, Sean (2008): „US Africa Command: A New Strategic Paradigm“. In: *Military Review*, Januar-Februar 2008, S.11-21.
- McSweeney, Bill (1996): „Identity and Security: Buzan and the Copenhagen School“. In: *Review of International Studies*, Bd. 22, Nr. 1, S. 81-93.
- Menkhaus, Ken (2009): „False Start in AFRICOM“. In: *Contemporary Security Policy*, Bd. 30, Nr.1, S. 53-57.
- Munson, Robert (2008): „Do We Want to ‘Kill People and Break Things’ in Africa? A Historian’s Thoughts on Africa Command“. In: *Strategic Studies Quarterly*, Bd. 2, Nr. 1, S. 97-130.
- Nagl, John A. (2005): *Learning to Eat Soup with a Knife: Counterinsurgency Lessons from Malaya and Vietnam*. Chicago, IL.
- N’Diaye, Boubacar, & Sandy Africa (2009): „AFRICOM and the Interests of Africans“. In: *Contemporary Security Policy*, Bd. 30, Nr. 1, S. 62-66.

- Network of Concerned Anthropologists (2009) (Hg.): *The Counter-Counterinsurgency Manual: Or, Notes on Demilitarizing American Society*. Chicago, IL.
- New York Times (2009): *US Aided a Failed Plan to Rout Ugandan Rebels*, 6. 2. 2009.
- OECD-DAC – OECD-Development Assistance Committee (2003): *A Development Co-operation Lens on Terrorism Prevention. Key Entry Points for Action*. Paris.
- OECD-DAC – OECD-Development Assistance Committee (2006): *Peer Review of the United States 2006*. Paris.
- Peoples, Columba, & Nick Vaughan-Williams (2010): *Critical Security Studies*. London.
- Pham, J. Peter (2008): „America’s New Africa Command: Paradigm Shift or Step Backwards?“ In: *Brown Journal of World Affairs*, Bd. 15, Nr. 1, S. 257-272.
- Piombo, Jessica (2010): *Military Provision of Humanitarian and Civic Assistance. A Day in the Life of a Civil Affairs Team in the Horn of Africa*. Washington, DC.
- Ploch, Lauren (2008): *Africa Command: US Strategic Interests and the Role of the US Military in Africa*. Washington, DC.
- Pospisl, Jan (2009): *Die Entwicklung von Sicherheit: Entwicklungspolitische Programme der USA und Deutschlands im Grenzbereich zur Sicherheitspolitik*. Bielefeld.
- Rojas, Christina (2004): „Governing through the Social: Representations of Poverty and Global Governmentality“. In: Larner, Wendy, & William Walters (Hg.): *Global Governmentality*. London, S. 97-115.
- Rosén, Frederik (2010): „Third Generation Civil-Military Relations. Moving beyond the Security-Development Nexus“. In: *Prism*, Bd. 2, Nr. 1, S. 27-42.
- Schetter, Conrad (2010): „Von der Entwicklungszusammenarbeit zur humanitären Intervention“. In: Bonacker, Thorsten; Michael Daxner; Jan H. Free & Christoph Zürcher (Hg.): *Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften*. Wiesbaden, S. 31-47.
- Sewall, Sarah (2007): „Introduction to the University of Chicago Press Edition“. In: US Army US Marine Corps 2007, S. xxi-xliii.
- Shin, David W. (2009): „Narrowing the Gap. DOD and Stability Operations“. In: *Military Review*, April 2009, S. 23-32.
- Stern, Maria, & Joakim Öjendal (2010): „Mapping the Security-Development Nexus: Conflict, Complexity, Cacophony, Convergence?“ In: *Security Dialogue*, Bd. 41, Nr. 1, S. 5-29.
- Stringer, Kevin D. (2010): „Interagency Command and Control at the Operational Level: A Challenge in Stability Operations“. In: *Military Review*, April 2010, S. 54-62.
- UNDP – United Nations Development Programme (1994): *Human Development Report 1994*. New York, NY.
- United Nations (1992): *An Agenda for Peace*. New York, NY.
- US Africa Command (2009): *2009 Posture Statement*. Stuttgart.
- US Africa Command (2010a): *2010 Posture Statement*. Stuttgart.
- US Africa Command (2010b): *Fact Sheet. Combined Joint Task Force-Horn of Africa Projects*. Stuttgart.
- US Army (2008): *Stability Operations. Field Manual*. Ann Arbor, MI.
- US Army Marine Corps (2007): *Counterinsurgency Field Manual*. Chicago, IL.
- USAID – United States Agency for International Development (2002): *Foreign Aid in the National Interest: Promoting Freedom, Security and Opportunity*. Washington, DC.
- Wæver, Ole (1995): „Securitization and De-Securitization“. In: Lipschutz, Ronnie D. (Hg.): *On Security*. New York, NY, S. 46-86.
- Ward, William E. (2007): *AFRICOM Dialogue. From General William Ward*. <http://www.africom.mil/africomDialogue.asp?entry=20>, letzter Zugriff: 5. 1. 2011.
- Ward, William E., & Thomas P. Galvin (2008): „US Africa Command and the Principle of Active Security“. In: *Joint Force Quarterly*, Nr. 51, S. 61-66.

Wheeler, Nicholas (2000): *Saving Strangers. Humanitarian Intervention in International Society*. Oxford.

White House (2002): *The National Security Strategy of the United States of America*. Washington, DC.

White House (2010): *Presidential Policy Directive on Global Development*. Washington, DC, 22. 9. 2010.

Ziai, Aram (2006): *Zwischen Global Governance und Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive*. Münster.

Anschrift des Autors:

Jan Bachmann

jan.bachmann@globalstudies.gu.se

LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN

// DIE MONATSZEITSCHRIFT

Photo: Timmo Berger

Probeabo 3 Ausgaben // Für 10 Euro // Endet automatisch
Bestellung Per E-Mail an abo@LN-Berlin.de // Telefonisch 030 694 61 00 // Oder über www.lateinamerika-nachrichten.de